

Preußische Gesetzsammlung

Jahrgang 1915

Nr. 15.

(Nr. 11409.) Verordnung über Änderung der Verordnung, betreffend ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen, vom 11. September 1914. Vom 27. März 1915.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u., verordnen auf Grund des Artikel 63 der Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat vom 31. Januar 1850 (Gesetzsammel. S. 17) und auf Antrag Unseres Staatsministeriums, was folgt:

Artikel 1.

Die Verordnung, betreffend ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen, vom 11. September 1914 (Gesetzsammel. S. 159 und S. 174) wird in folgender Weise geändert:

I. Hinter § 4 ist einzufügen:

§ 4a.

Einem Kriegsteilnehmer (§ 2 des Gesetzes vom 4. August 1914, Reichs-Gesetzbl. S. 328), der ohne Vertreter ist, kann der Regierungspräsident einen geeigneten Vertreter bestellen, der die Rechte und Verpflichtungen des Kriegsteilnehmers im Enteignungsverfahren wahrzunehmen hat. Die Bestellung des Vertreters soll dem Kriegsteilnehmer unverzüglich mitgeteilt werden. Der Kriegsteilnehmer kann dem Vertreter die Vertretungsbefugnis entziehen, soweit er einen anderen Vertreter bestellt.

Soweit durch die Bestellung eines Vertreters besondere Kosten entstehen, sind sie vom Unternehmer zu tragen.

II. Der erste Satz des § 10 Abs. 2 wird durch folgende Vorschrift ersetzt:
Die Verordnung tritt mit dem 30. September 1915 außer Kraft.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Inseigel.

Gegeben Großes Hauptquartier, den 27. März 1915.

(L. S.)

Wilhelm.

v. Bethmann Hollweg. Delbrück. v. Tirpitz Beseler. v. Breitenbach.
Sydow. v. Trott zu Solz. Frhr. v. Schorlemer. Lenze. v. Loebell.
v. Jagow. Wild v. Hohenborn. Helfferich.

Meditiert im Bureau des Staatsministeriums. — Berlin, gedruckt in der Reichsdruckerei.

Bestellungen auf einzelne Stücke der Preußischen Gesetzsammlung und auf die Haupt-Sachregister (1806 bis 1883 zu 6,25 M und 1884 bis 1913 zu 4,60 M) sind an die Postanstalten zu richten.

Gesetzsammlung 1915. (Nr. 11409.)

17

Ausgegeben zu Berlin den 30. März 1915.

